

Limburger Zeitung) **Zugleich amtl. Kreisblatt für den Kreis Limburg.** (Limburger Tageblatt)

Verantwortlicher Redakteur: Hans Wacker,  
Druck und Verlag der Blätter "Sonne und Mond" in  
Hamburg a. L. 1919.

**Anzeigenpreis:** Die Spalten-**Halb-Zelle** ober oder unter  
Raum 70 Bfg. Die 91 mm breite **Reklamzeile** 2.10 Bfg.  
Probat wird nur bei **Wiederholungen** gewährt. Telefon Nr. 59.  
Anzeigen-Nachnahme bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Bismarck, Montag, den 13. Dezember 1920.

83. Jahrgang

Berlin, 10. Dez. (B.T.Z.) Amtlich. Die von den  
Ministern Belgiens, Englands, und Frankreichs am 5. d.  
M. der deutschen Regierung übergebene deutsche Note  
an die Ministerien in das Rheinland hat folgenden  
Inhalt:

Die interallirte Oberkommission für die besetzten Rheinlande hat die von ihr vertretenen Regierungen auf die Ermahnung hingewiesen, die unter der Bevölkerung dieses Gebietes und die kürzlich von den Reichsministern gehaltenen Reden zu Grunde liegt. Die Regierungen Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs betrachten es als höchst bedauerlich, daß Mitglieder der deutschen Regierung sich bewogen gefühlt haben, das besetzte Gebiet öffentliche Erklärungen abzugeben, die nicht nur dort Unruhe zu erregen und die Ausführungen des Vertrages von Versailles wieder zur Erörterung zu stellen, sondern auch insbesondere verwahren sie sich gegen die Aeußerungen, welche die durch den Völkerverbund traktat des Friedensvertrages in Bezug auf Kalmedy und Eupen getroffene Entscheidung angeht. Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich haben ihre Vertreter in Berlin angewiesen, die ernsthafteste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schweren Folgen hinzuweisen, die derartige Rundgebungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen können, für welche die allirten Behörden in dem besetzten Gebiet verantwortlich sind. Sie haben ihre Vertreter beauftragt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß Reisen der Reichs- und Staatsminister in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen werden können, wenn diese hohen Staatsbeamten sich im Verlauf ihrer Bereisungen jeden Angriff gegen die Regierungen oder Behörden der Allirten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden.

In Beantwortung dieser Note ist den Vertretern der  
alliierten Mächte heute folgendes mitgeteilt worden:

Die deutsche Regierung vermog nach den Berichten, die aus dem besetzten Gebiet erhalten hat, nicht zuzugeben, daß die Reise des Reichskanzlers und des Außenministers in Besetzung des Rheinlandes beunruhigt haben. Ein solche Wirkung würde auch durchaus dem Eindruck widerstehen haben. Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung besteht die Reise vielmehr wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Besatzungen, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen und der Befehlungsbehörden verbunden sind, in eine höchst erregte, vielfach verzweifelte Stimmung gekommen, die sich in Folge der Reise merkwürdig geändert hat. Wenn die Minister aber die Besserung ergiebt und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere Lage von der Reichsregierung wohl begiffen werde, so konnten sie nicht auf eine Verletzung des Vertrages von Versailles verzichten, an dessen Bestimmungen jene Lage zurückzuführen ist. Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtmäßigen Ernste vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von Persönlichkeiten im besetzten Gebiet persönlich überzeugen und in Verbindung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie lassen den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen, englischen und französischen Regierung gegenüber heraus keinerlei verbindliche Zusicherung abgeben, muß vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb den Grenzen ihrer Verantwortung, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrücklich vorbehalten.

Berlin, 9. Dez. (WIB.) Dem Vorsitzenden der inter.

berichten Militärkontrollkommission, General Rollet, in hundert  
die Note über die Entwaffnung und Auflösung der Selbst-  
schutzorganisation übergeben worden. In der Note wird zu-  
nächst angeführt, daß nach Ansicht der deutschen Regierung  
die Auflösung der Selbstschutzorganisationen, die keinen militä-  
rischen Charakter tragen, nicht verlangt werden kann. Die  
deutsche Regierung habe eine völlige eckliche Verpflichtung dazu  
formals anerkannt. Die Frage des Bestehens oder der Auf-  
lösung der Selbstschutzorganisationen müsse als eine inner-  
angelegenheit des Deutschen Reiches betrachtet werden.  
Die Selbstschutzorganisationen seien selbstverständlich nur ein  
vorübergehende Einrichtung für Zeiten, wo die Staatsgewalt  
aufolge von außergewöhnlichen Umständen ihren Ausgabh  
nicht überall gewachsen ist. Was die Entwaffnung der Ein-  
zelwehrmänner, das heißt die Ablieferung der in ihren Händen  
befindlichen Kriegswaffen betreffe, so handle es sich hier um  
eine von Deutschland in Spaß übernommene Verpflichtung  
deren Erfüllung sich die deutsche Regierung mit allen Mittel  
verlegen sein lassen. Die Verhältnisse wären jedoch in den  
verschiedenen Reichsteilen verschieden. Im ganzen Reich sei die  
Ablieferung der schweren Waffen der Selbstschutzorganisa-  
tionen im wesentlichen beendet. Ihre leichten Waffen würden  
am allgemeinen Ende Januar eingezogen werden. In Bayer-  
den Oberleuten hätten die besonderen Verhältnisse nicht ge-  
achtet, mit solcher Schnelligkeit vorzugehen.

Die deutsche Regierung sei sich des Enkes des En-  
schlusses voll bewußt, wie oder darauf hin, daß die En-  
schätzung, wie sie das Protokoll von Spaas verlange, im we-  
sentlichen in nächster Zeit beendet sein werde, und daß die En-  
schätzung und Offizieren gemachten Vorbehalte im Vergleich  
mit bedeutungslos seien und militärisch nicht als bedroh-  
lich betrachtet werden könnten. Sie vertraue darauf, daß aus  
den erwähnten Regierungen sich bei der Prüfung dessen, wo

zur Erfüllung der in Spaa übernommenen Verpflichtungen  
geschehen ist und was noch zu geschehen hat, dem Gewicht  
der vorgebrachten Gründe nicht verschwiegen werden, die das  
weitere Vorgehen der deutschen Regierung zwingend bestimmen  
müssen.

Paris, 10. Dez. (ZfB.) Die Wiegergutmachungs-Kommission teilt mit: Verschiedene Blätter haben gemeldet, daß die Wiegergutmachungskommission am 13. Dezember in Brüssel eine Konferenz abhalten werde, um mit den deutschen Vertretern die Wiegergutmachungsfrage zu prüfen. Es handelt sich hierbei in Wirklichkeit um eine Konferenz von Sachverständigen, die gemäß dem französisch-britischen Abkommen vom 4. November von ihren Regierungen ernannt wurden.

Washington, 9. Dez. (W.B.) Wilson lehnte die Einladung des Völkerbundesrates, Delegierte zu entsenden, die an den Abrüstungskonferenzen, wenn auch nur beratend teilnehmen sollten, ab. Er teilte dem Rat mit, daß er sich da die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes seien, nicht für berechtigt halte, eine Kommission, wenn auch nur zwecks einer de facto-Teilnahme, zu ernennen. Wilson fügte jedoch hinzu, die Vereinigten Staaten sympathisierten mit jedem Plane der die allgemeine Abrüstung in der Welt zum Ziele habe.

Gent, 10. Dez. (WB.) Die fünfte Kommission beläßt, Litauen vorläufig nicht in den Völkerbund aufzunehmen, ihm jedoch die Möglichkeit zu bieten, an der technischen Organisation des Völkerbundes teilzunehmen.

**Brotgetreide- und Futtermittelpreis.**  
Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages ersucht die Reichsregierung, zur Förderung der Ablieferung von Brotgetreide die Preise für Futtermittel und ihre zuzurechnende Menge den Preisen und der Menge des abgelieferten Brotgetreides, Gerste und Hafer anzupassen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände sah in der letzten Sitzung Beschlüsse, in denen sie die Gründung von Verbraucherkammern für notwendig erklärt. Da Hamburg die Verbraucherkammern bereits gesetzlich anerkannt und in Baden und Sachsen entsprechende Gesetzentwürfe vorläge, sei es geboten, daß bald ein reichsrechtliches Rahmengesetz für die Verbraucherkammern geschaffen werde.

## Ausland.

Dresden, 10. Dec. In den letzten Tagen sind sächsischen und anderen Deutschen Großhändlern Verhaftung erfolgt, die auf die Staatsanwaltschaft in Freiberg zurück gehen, die dort große Sähebungen von Hafer in das Ausland aufgedeckt, die auch nach zahlreichen anderen Orten führten. In Dresden wurden einige angesehene Kaufleute verhaftet, bei denen Hausdurchsuchungen belästigendes Material ergeben haben sollen. Sie sind inzwischen gegen sehr hohe Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Wie die „Dresdener Neuzeit Nachrichten“ hören, soll gegen 70 Firmen und Personen die Untersuchung eingeleitet sein.

Berlin, 10. Dez. (M.Z.). Der Reichsrat hat den vom Reichstag abgeänderten Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920, in dem es sich um eine Erhöhung der Kinderzuschläge für die Beamten handelt, einstimmig angenommen.

Berlin, 9. Dec. Der Reichsfinanzminister hat in

heutigen Sitzung des Reichstages angekündigt, die Regierung habe ihn zu der Erklärung ermächtigt, sie sei damit übereinkommen, daß den Beamten das am 1. Januar n. e. jährliche Gehalt schon zum 15. Dezember ausbezahlt wird. Damit die Beamten vor Weihnachten Geld in der Hand hätten. Wie wir hören, beabsichtigt der preussische Finanzminister Vödemann, diesem Beispiel in Preußen zu folgen und sich von der Staatsregierung eine entsprechende Ermächtigung erteilen zu lassen.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter hat auf seiner gestrigen Tagung beschlossen, in Gemeinschaft mit dem deutschen Eisenbahnbeamtenbund eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Organisation vorzunehmen, die ausweisen soll, ob die organisierte Beamtenschaft zur Erlangung ihrer Lebensnotwendigkeiten das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden will.

Berlin, 10. Dec. (B.Z.) Im Hauptauschuß  
Landesversammlung wurde gestern ein Antrag angenommen,  
wonach die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren  
anstalten rückgängig gemacht wird. Soweit jetzt die  
entgeltlichkeit des Schulgeldes nicht durchführbar ist, soll  
Höhe nur nach Zustimmung der Landesversammlung  
gefest werden. Das Schulgeld soll nach der wirtschaftlichen  
Leistungsfähigkeit der Eltern unter Berücksichtigung der  
derselbst abgeführt werden.

In der Sitzung des sächsl. Landtags vom 9. Dez. wurde der Sozialdemokrat Bud mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 47 Stimmen der bürgerlichen Parteien zum Ministerpräsidenten gewählt.

Danzig, 9. Dez. (WLB.) In der Sitzung des Volkstages gab der stellvertretende Senatspräsident Dr. Ziehm eine Erklärung des Senats ab, die zunächst feststellt, daß Danzig gegen den Willen seiner Bevölkerung vom Deutschen Reich losgelöst sei und nun verfassungsmäßig seine eigenen Aufgaben zu erfüllen habe. Die Gewährleistung der Danziger Verfassung durch den Völkerbund sei die unbedingte sichere Bürgschaft für die Freiheit und für die Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig. Das Gelingen des Staatswens hänge von den freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten ab. Offen und freimütig wolle man vor aller Welt bekunden, daß es die vornehmste und heiligste Pflicht sei, den anerkannten deutschen Charakter der Freien Stadt Danzig dauernd aufrecht zu erhalten.

Prag, 9. Dez. (BZB.) Die Geschäftsstelle zur künftigen Gestaltung des deutschen Hochschulwezens in der tschechoslowakischen Republik bittet in einer Denkschrift an sämtliche deutsche Mitglieder der Rationalverammlung ersens um die Verlegung der Prager deutschen Universität und der Prager deutschen technischen Hochschule, zweitens um die Errichtung einer deutschen Akademie für bildende Kunst und anderer sachwissenschaftlicher Einrichtungen im deutschen Zielungsgebiet.

Paris, 10. Dez. In einer Sitzung des Ausschusses für die Geburtenfrage, die unter dem Vorsitz des Hygieneministers Breton stand, theilte der Professor der Medicin Pinard mit, daß die Zahl der Geburten in Deutschland wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreicht habe und die Ziffer 20 vom Tausend überstiege, während in Frankreich gegenwärtig auf 1000 Einwohner nur 7 bis 8 Geburten kommen. Pinard legte seinen Ausführungen die Statistik des Regierungsbezirks Düsseldorf zugrunde. Er macht weiter darauf aufmerksam, daß die Kindersterblichkeit im Bezirk Düsseldorf seit dem Kriege betrübend zurückgegangen sei und gegenwärtig etwa 10 vom Hundert beträgt, während Frankreich noch durchschnittlich 20 vom Hundert herbeie. Der Ausschuss nahm die Mittheilungen des Gelehrten mit großer Bewegung auf und beschloß, die von ihm angegebenen Zahlen in ganz Frankreich bekannt zu geben.

Paris, 10. Dez. (W.B.) Nach einer Havasmeldung aus Memphis (Tennessee) befolgte die Konferenz der Baumwollpflanzer, Händler und Bankiers des südlichen Teiles der Vereinigten Staaten, die nächstjährige Baumwollrente durch die Verminderung der Anbaufläche um 50 Prozent herabzusetzen.

Wien, 10. Dez. (WLB.) Die Blätter melden, daß im Auftrage der Entente 500 von den auf dem Flugfeld Wiener-Neustadt befindlichen 1000 Motoren zerstört werden seien. Die übrigen sollen gleichfalls vernichtet werden. Außerdem seien bis jetzt auf 8000 Quadratmetern die Bepflanzungen zerstört worden, auf ungefähr 200 Quadratmetern sollen auch die Depots geschleift werden. Die Blätter bezeichnen die Zerstörung des Flugfeldmaterials als sinnlose Vernichtung von Werten. Die „Arbeiterzeitung“ schreibt: Das Flugfeldmaterial hätte als Ausschuhartikel verwendet werden können. Das Vorgehen des mit der Zerstörung beauftragten Ententemilitärs rief unter der Arbeiterschaft große Erregung hervor, namentlich unter den Arbeitern der Danilswerke. Die Arbeiter sind der Meinung, daß durch die Zerstörung der Entente-Kommission tausende von Arbeitern arbeitslos werden.

N. m., 10. Dez. (W.P.) Agenzia Stefani. Italienische Torpedobootzerstörer „Cepero“ vom Hochseeschwadron der Dria ist ohne Auftrag im Hafen von Kattowitz eingetroffen und dort vor Anker gegangen. Die künftigen Behörden wurden von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Bukarest, 11. Dez. In der gestrigen Senatskammer wurde ein Bombenanschlag verurtheilt. Der Bischof Radu und der Minister Groceanu wurden getödtet, zwei Bischöfe, zwei Senatoren, ein Minister und ein General schwer verletzt.

London, 10. Dec. Reuter. Lord George thellte Unterhaus mit, daß die Regierung bereit sei den Zinnß mitgliedern des Parlaments ein sicheres Geleitz zu gewähren damit sie untereinander die Ange besprochen könnten. Die Mitglidern, die ein Verbrechen begangen hätten, dürfe jed kein sicheres Geleitz gewährt werden. Die Regierung wöhl Friedensverhandlungen, si aber entschlossen, mit Terroristen auszuräumen. In gewissen Theilen Irlands wo das Kriessrecht verhängt, und nach einem gewissen Zeitraum könnten alle Personen, die in diesem Gebiet mit Waffen getroffen werden, mit dem Tode bestraft werden.



## Die mittelamerikanische Union.

Paris, 10. Dez. (W.B.) Wie der „Chicago Tribune“ aus Washington gemeldet wird, sprachen sich auf der Konferenz von San Jose die Delegierten von Guatemala, El Salvador, Nicaragua und El Salvador grundsätzlich für die Bildung eines mittelamerikanischen Staatenbundes aus.

## Lokaler und vermischter Teil.

St. Petersburg, den 13. Dezember 1929.

(—) Silberner Sonntag. Als ein durch leichtes Schneefall „silberfarbener“ gefleckter Wintertag erschien der gestrige dritte Adventsonntag auf der Bildfläche. Auch dieser herrliche Weihnachtstag führte zahlreiche Kaufbesuche in die Stadt, wobei die ländlichen Bewohner aus nah und fern durchschnittlich zu den besten Kunden der Ladengeschäfte zählten. Die große Reichhaltigkeit der zum Verkauf ausgestellten Waren aller Art und die dabei notierten Preise zogen bis zum Ladenschluss auch noch massenhaft Besucher an, die offenbar noch darüber berieten, was von den ausgestellten Sachen im Wunschzettel dem Christkind zur Befriedigung unterbreitet werden soll. Im Uebrigen fand auch der „Silberne Sonntag“ im Zeichen des Papiergeldes statt. Die Märkte klirrten wohl wenig oder gar keine in die Taschen.

Radrad diebstahl. Die Polizei teilt uns mit, daß in der letzten Zeit kaum eine Woche ohne einen Radrad-diebstahl vergeht. Offenbar gibt es ein paar Burken, in der Stadt, die sich den Radrad-diebstahl zur Spezialität gemacht haben. Viel Schuld tragen aber auch die Radradbesitzer selbst. Die Polizei hat durch Beobachtungen festgestellt, daß die Radräder oft stundenlang unbewacht und nicht angegeschlossen vor den Haustüren oder in Alleen stehen. Etwas mehr Vorsicht wäre also am Platze.

Ein nachahmenswertes Beispiel. Der Bürgermeister einer größeren Landgemeinde des ehemaligen Herzogtums Nassau hat kürzlich die von der vorgelegten Verwaltungsbehörde geforderte Erhöhung des Gehaltes nicht in der vorgesehenen Höhe angenommen und 350 Mark für das Jahr hieron streichen lassen. Ein einfaches, aber desto wirksameres Mittel zur Gesundung der Finanzen unseres armen Vaterlandes.

Die Weihnachtsspenden, die als eine praktische Einrichtung zur Belebung des Sparfonds seit einigen Jahrzehnten in vielen Vereinen, an Stammtischen usw. bestehen, kommen in diesen Tagen zur Ausschüttung. So wird vom Dienstag ab der Inhalt der Weihnachtsspende „Beim Dittor zur runden Ecke“ mit 8900 Mark verteilt.

Zur Bewilligung einmaliger Beschäftigungsbeihilfen (Weihnachtsspenden) sind vom Reichsfinanzminister auch in diesem Jahre Mittel zur Verfügung gestellt worden. Für die Auszahlung kommen in Betracht Angehörige der am 1. November 1920 noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer, Angehörige der verschleppten und am 1. November 1920 noch internierten Zivilpersonen und Angehörige der nicht länger als seit dem 1. Mai 1920 vermissten Mannschaften. Die Beschäftigungsbeihilfe soll nur auf Antrag und im Falle wirklicher Bedürftigkeit gewährt werden, die durch eingehende Prüfung der Verhältnisse festgestellt werden wird. Beihilfen können bis zur Höhe von 400 Mark für einen Erwachsenen und von 250 Mark für ein Kind (bis 15 Jahre) bewilligt werden. Die Beihilfen sind je nach dem Grade der Bedürftigkeit abzuschlagen. Als Höchstbetrag der Beihilfen für sämtliche Angehörige eines Kriegsteilnehmers ist die Summe von 1500 Mark bestimmt worden. Endtermin für die Berücksichtigung von Anträgen auf Bewilligung dieser neuen Beihilfe ist der 31. März 1921.

Die verschwundenen 50-Pfennigstücke. Nachdem seit Oktober für über 78 Millionen Mark 50-Pfennigstücke geprägt worden sind, ist kaum noch eines zu sehen. Jedes Stück hat einen Metallwert von 16 Pfennig und das genügt, daß sie sofort gehamptert wurden. Unter diesen Umständen ist von der Prägung von 25-Pfennigstücken Abstand genommen werden.

Die Kontrolle der Drucksachen. Das Reichspostministerium wies im Hinblick auf einige zu seiner Kenntnis gelangte Eingefälle die Postanstalten an, bei der Vornahme der üblichen rein postalischen Stichproben über die postalische Zulässigkeit von Drucksachensendungen, also auch von Kreuzbandsendungen mit Zeitungen, von einer etwaigen Prüfung des textlichen Inhaltes nach Paragraph 5 der Postordnung abzusehen, da eine sachgemäße Feststellung, ob der Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl verstößt,

für die Postbeamten schwierig und außerdem mit einem ungehörten Postbetriebe unvereinbar sei.

Freigabe von Kaffee vor Weihnachten. Wie verlautet, soll für die nächsten Tage die Freigabe von etwa 200 000 Sad Kaffee bevorstehen, die den sich zur Weihnachtszeit geltend machenden Warenmangel in dieser Hinsicht wohl stillen dürften.

Winter, 11. Dezember. Am 5. Dezember fand dahier bei dem Klub „Geselligkeit“ veranstalteter Festabend statt, dessen Ertrag von 200 Mark den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier, Bezirksgruppe Nassau, überwiesen wurde. Für letztere sind von der Gemeinde Winter zusammen mit der Hausammlung 956 Mark aufgebracht worden. Gewiß eine gute Leistung für eine Gemeinde von 500 Seelen.

Neuheim, 11. Dez. Obstbau. Am Donnerstagabend hielt hier im Rathausaal vor gut besuchter Versammlung Herr Kreisobstbautechniker Deuker einen Vortrag über Obstbau. In fast einstündiger Rede sprach Herr Deuker über die Düngung der Obstbäume und die Arbeiten, welche im Winter an den Obstbäumen ausgeführt werden können und müssen. Allgemeiner Beifall belohnte den Redner. Auch war die Disposition noch recht reger und belehrend. Nach dem Schlusswort des Bürgermeisters, welcher Herrn Deuker für seinen Vortrag und für die Mühe, welche derselbe waltete, um den Obstbau in die Höhe zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

Rottenholzhäuser, 11. Dez. Gefalgene Landpreise. Hier wurden am Sonntag bei einer Versteigerung für 90 Ruten Aderland 7500 Mark, für 50 Ruten Wiesenland über 2000 Mark geboten.

Vom Eintrich, 9. Dez. Lehrgang über Obstbau. Vom 15. bis 18. Dezember läßt die Landwirtschaftskammer in Rottenholzhäuser durch Herrn Inspektor Schilling aus Gießenheim einen Obstbaulehrgang für das ganze Gebiet des Eintrichs abhalten. Diese Kurse, welche vor dem Kriege fast in allen Gemeinden des Kreises stattgefunden haben, haben zur Hebung des Obstbaues im Unterlahnkreis sehr viel beigetragen. Bei der großen Bedeutung, die der Obstbau jetzt und in Zukunft hat, dürfte mit einem zahlreichen Besuch des Lehrgangs zu rechnen sein. Die praktischen und theoretischen Belehrungen finden täglich von mittags 1 bis abends 6 Uhr statt. Die Teilnehmergebühren betragen für jede Person für den ganzen Kursus 5 Mark, welche der Kaffe der Landwirtschaftskammer zuzuführen.

Bad Homburg, 10. Dez. Der Kaufmann Karl Marx aus Homburg kaufte in Homburg einen Zentner Margarine, den er mit 850 Mark bezahlte. Er verkaufte ihn an einen Großhändler für 2500 Mark weiter, so daß also ein Verkauf von Großhändler zu Großhändler stattgefunden und Kettenhandel vorlag. Die Strafkammer verurteilte Marx zu 5000 Mark Geldstrafe.

Kranfurt, 11. Dez. Ein merkwürdiges Reiseerlebnis. Eine Dame fuhr in einem D-Zuge von hier nach Süddeutschland. In Darmstadt wurde am Zug ihr Koffer ausgerufen, und als sie sich meldete, wurde ihr eine Geldbörse gezeigt, die sie sofort als ihr Eigentum erkannte und in deren Besitz sie durch Angabe des dahin befindlichen Geldbetrages gelangte. Bei dieser Gelegenheit erfuhr die Dame erst, daß sie beim Einsteigen in Kranfurt von einem Taschendieb bestohlen worden war, und zwar mit solcher Virtuosität, daß sie überhaupt nichts davon gemerkt hatte, obwohl sich die Geldbörse in ihrer verschlossenen Handtasche befand. Der Gauner hatte es verstanden, die Handtasche im Gedränge zu öffnen und das Portemonnaie herauszuholen, die Tasche aber wieder zu schließen. Zufällig hatte aber ein Kranfurter Kriminalbeamter, der nach internationalen D-Zugfahrten jahrelang, den Vorgang bemerkt und den Dieb verhaftet. In Darmstadt wurde der Dame dann ihr Eigentum wieder zugekehrt. Bis dahin hatte sie keine Ahnung, daß ihre Reisetasche inzwischen durch verschiedene Hände gegangen war. Leider ist nicht immer ein solcher polizeilicher Schutengel der Reisenden vorhanden. Der Vorfall zeigt aufs neue, wie vorsichtig man sein muß.

Vom Rhein, 9. Dez. Auf Anregung der Redaktion der in Koblenz erscheinenden amerikanischen Zeitung „Amaroc“ appellierte eine Kommission, die aus einem Mitglied der interalliierten Kommission und vier Redaktionsmitgliedern des „Amaroc“ bestand an den Wohltätigkeitsförm der amerikanischen Soldaten im besetzten Gebiet und forderte sie auf, freiwillig je 50 Mark, für eine Weihnachtsbescherung für bedürftige Kinder zu leisten. Die meisten Soldaten erklärten sich bereit, hundert Mark und mehr geben zu wollen. Falls

die Mittel reichlich genug ausfallen, soll diese Weihnachtsbescherung über das amerikanisch-besetzte Gebiet hinaus ausgedehnt werden.

Ruda, 11. Dez. Zwei große Verabungen haben sich nachts in dem Orte Jossa (Kreis Ruda) zugetragen. Zunächst drangen sechs verummte unbekannte Kerle mit Revolvern ausgerüstet in die Waldmühle und erbeuteten unter Drohungen 9000 Mark in Scheinen. Als dann ging die Bande in den sogenannten Röhnhof, drang in das Schlafzimmer und zwang den Landwirt Günther ebenfalls zur Herausgabe seines Bargeldes. 6000 Mark fielen den Kerlen hier in die Hände.

Darmstadt, 10. Dez. Ein starkes Stück. In starker Weise haben sich verschiedene Schüler einer Klasse des Realgymnasiums in Darmstadt gegenüber ihrem mitleidigen Klassenlehrer Prof. A. vergangen. Sie erließen im „Tagblatt“ eine Todesanzeige, nach der es „Gott gefallen hat, nach kurzem plötzlichem Hinscheiden den heiligeliebten Vaters, Vater und Schwiegervater und Onkel zu sich zu rufen“. Die Unterschrift des Vornamens der Frau und deren Familiennamen ist fingiert. Dabei erfreut sich der Herr der besten Gesundheit. Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Odenheim, 11. Dez. Folgeschwerer Verstoß. Ein neunzehnjähriger Technikerschüler hatte einen Knaben mit in das Hauschen der Ueberlandzentrale genommen. Das Kind berührte eine Starkstromleitung und war sofort tot. Wegen fahrlässiger Tötung wurde jetzt der Technikerschüler zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Den hundertjährigen Geburtstag feierte am 16. Dezember Herr Michael Wolf von hier begehrt.

Worms, 11. Dezember. Traurige Heimkehr. Nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft kehrte Ludwig Hermann aus sibirischer Gefangenschaft zurück. Seine Gattin, sein Vater, sein Schwiegervater, ein Onkel und eine Tante sind inzwischen gestorben, sein Bruder ist im Felde gefallen.

Worms, 11. Dez. (W.B.) Mit einem Zentner gehampteter Lebensmittel auf dem Rücken geriet eine Hamsterin in der Dunkelheit in den Kanal des Elektrizitätswerkes und wurde von ihrer schweren Traglast unter Wasser gezogen, so daß die zur Hilfe herbeieilenden Leute sie nicht finden konnten. Als man sie endlich entdeckte, war sie bereits ertrunken.

München, 10. Dez. Raubmord an einem Greise. Bei dem 70 Jahre alten, armen und gebrechlichen Pfänder-Herzog in Mitteltrieben (Bayern), schlichen sich vier Burschen abends ein und ermordeten ihn durch Erdrosseln, obwohl er flehentlich bat, ihn am Leben zu lassen. Die Verbrechen sind geständig. Sie haben die Tat in der Absicht verübt, sich Mittel für ein flottes Leben zu verschaffen, haben aber bei ihrem Opfer nur fünf Mark vorgefunden.

Wien, 10. Dez. Im Balkarat 28 Millionen Kronen verloren. Die Wiener Polizei verhaftete den ehemaligen ungarischen Obergespan Julius von Szemlari, der dem Sohn eines Wiener Industriellen 28 Millionen Kronen im Balkarat abnahm und sich dann einen auf zwei Millionen Dinar lautenden Wechsel und ein Schiffschein ausstellte, worin der verlorene Betrag als Darlehen bezeichnet war.

## Ein Einbruch in die japanische Botschaft.

Berlin, 10. Dez. (W.B.) Die „B. Z. am Mittag“ meldet: Einbrecher nahen in der japanischen Botschaft am Königsplatz für 20 000 Mark Teppiche und Branzelkuchter. Sie entluden unbemerkt mit ihrer Beute.

## Verurteilung eines Kriegsverbrechers in Frankreich.

Paris, 9. Dez. (W.B.) Nach einer Blättermeldung aus Amiens hat das Kriegsgericht den aus Aachen stammenden Musikdirektor und ehemaligen Feldwebel Peter Beyer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er während der Besetzung in Soheim an der Aisne angeblich Einwohner missetzt und gebrandschagt haben soll. Beyer wurde nach Abschluß des Waffenstillstandes verhaftet.

## Ein Torpedoboot in Not.

Rollding, 9. Dez. (W.B.) Heute morgen wurde an der Ostküste von Jastier etwa 150 Meter vom Land entfernt ein großes abgetakeltes Torpedoboot beobachtet, über das die Wellen hinweggingen. An Bord war niemand zu bemerken. Um die Nationalität des Bootes festzustellen, und den in Seenot befindlichen Personen Hilfe zu bringen, wurde ein Dampfer entsandt.

## Grifeldis.

Roman von S. Courts-Mahler.

55) (Nachdruck verboten.)

„Ich möchte jeden Tag bei schönem Wetter hier heraufsteigen.“

„Das können Sie tun, Fräulein von Ronach. Ich lasse gleich morgen früh die Stufen festmauern, und dann gebe ich den Schlüssel in Ihre Hände. Sie können dann hier heraufsteigen wann Sie wollen.“

Grifeldis dankte ihm. Und es war ihr sehr lieb, daß sie den Schlüssel erhalten sollte. Ihr war, als müsse dieser Turm ein Geheimnis bergen, das sie um jeden Preis ergründen müsse.

Sie gingen nun hinunter, um die Turmzimmer zu besichtigen. Sie waren wirklich originell ausgestattet im orientalischen Stil. Kreisch war die Farbenpracht der Teppiche, Rissen und Portieren etwas verblüht und verstaubt und teilweise waren die Webstoffe zerschliffen. Aber immerhin mußten diese Räume noch sehr stimmungsvoll wirken, wenn hier erst einmal eine gründliche Reinigung stattgefunden hatte.

Es hörte in diesen Zimmern nur eins — daß man Betten hineingestellt hatte, die nicht zu der Einrichtung paßten.

„Das sind Gastbetten, mit denen man die Turmzimmer in Fremdenzimmer umgewandelt hat“, erklärte der Graf.

„Ich wollte, sie ständen nicht darin; sie tönen die Harmonie des Ganzen“, sagte Grifeldis bedauernd.

„Da haben Sie recht. Ich werde die Betten entfernen lassen, damit Sie sich ungehindert an den Räumen erfreuen können“, erwiderte er.

Und sie fühlte, daß es nur tun wollte, um ihr einen Wunsch zu erfüllen. Ach — wie laut und rasch doch das Herz in ihrer Brust schlug.

Erst hatten sie das Zimmer im dritten Stock besichtigt, nun betraten sie das im zweiten Stock.

Grifeldis sah sich aufmerksam in diesem Zimmer um. Es hatte, dem Bau des Turmes entsprechend, eine halbrunde Form; der Raum für die Treppe und den Treppenaufgang vervollständigte den kreisförmigen Umriß des Turmes.

„Da drüben, jenseits dieses Zimmers, liegt mein Schlafzimmer“, dachte Grifeldis, hauptsächlich der Wand Beachtung schenkend, die an das Schloß angrenzte.

Die Zimmer waren zeltartig eingerichtet und an der Stelle der Wand, wo drüben in ihrem Schlafzimmer ihr Bett stehen mußte, hing hier ein schöner, alter Teppich. Neben diesem Teppich, also Wand an Wand mit ihrem Nachtschrank, war ein hoher Spiegel angebracht, der einen breiten Goldrahmen hatte. Und dieser Goldrahmen —

Grifeldis Herzschlag klopfte, als habe sie eine sonderbare Entdeckung gemacht — zeigte dasselbe originale Delphinmuster, wie drüben der Rahmen des Bildes, der die Tür zu dem Wandschrank bildete. Wenn ihre Rechnung stimmte, lag hinter diesem Spiegel der Schloßraum, der sich unter ihrem Wandschrank befand, wie sie durch Klopfen auf den Boden des Wandschrankes festgestellt hatte. Sie hätte am liebsten sofort den Spiegelrahmen genau untersucht und abgetastet, so sich etwa einer der Delphine auch niederdrücken lassen würde, denn sie würde gar nicht erkannt sein, wenn dieser Spiegel eine hohe Tür bildete, die in den Schloßraum führte. Jedenfalls nahm sie sich vor, bei der nächsten Gelegenheit, wenn sie allein hier im Turm weilte, den Spiegelrahmen genau zu untersuchen.

„Run ging es in den ersten Stock hinab. Grifeldis sah wieder mit frischen Augen auf die schmale Spur auf dem Korbhoden des Treppenaufganges, die auslief, als habe die Schritte eines Frauenkleides darübergekreist. Doch sagte sie auch jetzt nichts darüber, daß diese Spur ihr bewies, daß dieser Treppenaufgang vor nicht allzulanger Zeit von einer Frau betreten worden war, ebenso wie ihr das größte Schloß bewies, daß ein Mensch vielleicht zu derselben Zeit den Turm geöffnet haben mußte. Noch aufmerksamer, als oben, sah sich Grifeldis in diesem Turmzimmer um. Auch dieses hatte die eigenartige Zeltform und wirkte in dem orientalischen Stil sehr malerisch.

Wann an Wand mit diesem Zimmer, vielleicht etwas höher als dieses, mußte das Schlafzimmer der Gräfin Alice liegen, in dem sie einen so plötzlichen Tod gefunden hatte. Und Grifeldis Herz klopfte laut und unruhig, als sie hier unten, an der Stelle, wo oben der Spiegel angebracht war,

einen gestrichelten Wandbehang erblickte, der vom Fußboden bis fast an die Decke reichte, und selbstverständlich in einen breiten Goldrahmen gefaßt war, der ebenfalls das Delphinmuster zeigte.

Grifeldis beachtete das alles sehr aufmerksam, aber welche Kombination sie daran knüpfte, konnte niemand ihrem Gesicht ansehen. Sie preßte die Lippen fest zusammen, als hätte nicht ein Wort über ihre Vermutung laut werden.

Liebe macht blind — oder hellseherisch. Und Grifeldis Liebe zu Graf Harro hatte ihr etwas von einer Hellseherin verliehen. Außerdem war sie sehr charakteristisch und hatte eine gute Beobachtungsgabe. Der starke, innige Wunsch, Graf Harro helfen zu können, ließ sie nicht ruhen. Sie wollte versuchen, das Geheimnis zu ergründen, das über dem Tode der Gräfin Alice ruhte.

Und ihr seltsamer Traum hatte ihr einen leisen Fingerzeig gegeben, den sie vielleicht nicht beachtet hätte, wenn sie nicht der starke Wunsch besetzt hätte, Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Dieser Wunsch weckte in ihr Glauben, wie sie wohl gewiegten Detektiven eigen sind. Sie hatten sich ihre Beobachtungen nicht zu einem bestimmten Verdacht verdichtet, aber so leise dämmerte ihr doch der Gedanke, daß Gräfin Alice ermordet worden war — von einem anderen Menschen natürlich als von ihrem Gatten. Als sie eine Weile später den Turm mit Graf Harro und Gilba verließ, war sie fest entschlossen, das Geheimnis zu ergründen, das den Tod der Gräfin umgab. Sie wollte suchen, den ganzen Turm wollte sie durchforschen, bis sie keine biden Mauern hinein. Sie hatte das Gefühl, als berge dieser Turm die Lösung des rätselhaften Vorganges beim Tode der Gräfin.

Bei all diesen Erwägungen hatte es Grifeldis noch vor, mocht, scheinbar unbefangen mit Graf Harro und Gilba zu plaudern. Die wahrhaft und harste Frau hat eine große Gabe, Romäne zu spielen, wenn es ihr durch die Notwendigkeit geboten erscheint. Weil die Frau so oft ihre besten und tiefsten Gefühle verdecken muß, deshalb ist sie gewohnt, sich zu beherrschen und Vorgänge in ihrer Seele zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)



## Die Friedens-Nobelpreise

Stockholm, 10. Dez. (W.F.B.) „Nordiska Pressen“ meldet aus Kristiania: Laut amtlicher Mitteilung hat das Nobelpreis-Komitee im norwegischen Storting den Friedenspreis für 1919 dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson und den Preis für 1920 dem Präsidenten des Völkerbundes Bourgeois zugeteilt.

## Eingefandt.

Zu dem Bericht des Haus- und Grundbesitzvereins über seine Mitgliederversammlung vom 27. November 1920 schreibt uns der Vorstand des Mietervereins: Während die Ergebnisse der Versammlung eine 75prozentige Erhöhung der Miete beim Magistrat beantragt werden soll, was nur auf Grund der Höchstmietverordnung angängig ist, wird am Schlusse des Berichts diese Höchstmietverordnung für rechtswidrig erklärt. Auf der einen Seite will man also diese Höchstmietverordnung anerkennen, während man sie auf der anderen Seite nicht anerkennen will. Es ist charakteristisch und kennzeichnend, wenn man die Bestimmungen ein und derselben Verordnung sowohl als Vorteil gewahren, als rechtsverbindlich hinnehmen, dagegen diejenigen, die hinderlich und nachteilig sind, als rechtswidrig betrachtet. In Bezug auf die Gültigkeit dieser Verordnung sei ausgeführt: Sofort nach Erlass der fraglichen Verordnung vom 9. Dezember 1919 erhob sich im Gegenlager ein Sturm der Entrüstung, der darin gipfelte, daß der Volkswohlfahrtsminister zum Erlass dieser Verordnung rechtswidrig nicht ermächtigt wäre und die Verordnung mit dem Reichsgesetz im Widerspruch stehe. Einige Rechtsgelehrte begründeten ihre Ansichten in Abhandlungen, denen sich verschiedene Gerichte anschlossen und dementsprechend entschieden. Der größte Teil der Gerichte hatte sich in Übereinstimmung mit der Rechtsauffassung des Reichsjustizministeriums auf den Standpunkt gestellt, daß auch nach Erlass der Reichsverfassung die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassenen Anordnungen in Kraft geblieben sind, weil Artikel 178 III der Reichsverfassung diese ausdrücklich aufrecht erhält. Um nun einer solchen Rechtsunsicherheit auf dem Gebiete des Wohnungswesens ein Ende zu machen, sah sich die Reichsregierung zum Einschreiten veranlaßt. Sie erließ das Reichsgesetz vom 11. Mai 1920, worin die Ermächtigung der Landeszentralbehörden zum Erlass von Anordnungen und Eingriffen in die Unverletzlichkeit der Wohnung pp. ausdrücklich ausgesprochen und weiter bestimmt ist, daß die bisher auf Grund der Höchstmietverordnung und Wohnungsmangelverordnung getroffenen Anordnungen und Maßnahmen in Kraft bleiben. Die Gegenseite sucht die letztere Bestimmung so auszulegen, daß nur diejenigen Anordnungen und Maßnahmen in Kraft bleiben, die rechtswidrig sind und rechtswidrig waren, mithin die Höchstmietverordnung vom 9. Dezember 1919 ungültig wäre. Diesen Standpunkt scheint auch das erwähnte Amtsgericht Tilsit bei seiner Entscheidung eingenommen zu haben. Nach dieser Auffassung heißt es einer Bestimmung Gewalt antun, wenn man ihr eine andere Auslegung unterstellt, als sich aus dem einfachen Wortlaute ergibt. Wenn der Gesetzgeber diese Absicht gehabt hätte, so würde er dieses zweifellos zum Ausdruck gebracht haben, etwa durch einen Zusatz: „Soweit sie rechtswidrig sind“. Mit einer solchen Bestimmung wäre aber nur etwas Selbstverständliches gesagt worden, denn was rechtswidrig ist, braucht nicht noch einmal für rechtswidrig erklärt zu werden. In Bezug auf die Höchstmietverordnung sei noch speziell angeführt: Ein Hauptpunkt richtete sich auch gegen diese Verordnung. Bei der rechtswidrigen Beratung und Feststellung des Gesetzes vom 11. Mai 1920 ist zweifellos die Höchstmietverordnung zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden und lag in ihrem Wortlaute vor. Wenn nun der Gesetzgeber bestimmte, daß die bisher erlassenen Anordnungen und die Höchstmietverordnung gemeint. Sie ist durch das Reichsgesetz sanktioniert.

Es sei auch hier festgestellt, daß der Tilsiter Fall am 30. November 1920 im Reichstage zur Sprache gebracht wurde, worauf ein Vertreter der Regierung erklärte, daß die Rechtswidrigkeit der Preussischen Höchstmietverordnung nach Ansicht der Reichsregierung keinem begründeten Zweifel unterliege. Den betreffenden Mietern müsse es überlassen bleiben, gegen die Urteile gegebenenfalls das zulässige Rechtsmittel einzulegen.

Wer auf die Behauptung, der neue Erwerber eines Hauses sei nicht an die Verträge seines Vorgängers gebunden, baut, der hat auf Sand gebaut. Die zuständigen Stellen werden ihn gegebenenfalls eines anderen belehren.

Nach unserer Information ist der Großstadt Frankfurt am Main ein 20prozentiger, den Großstädten Köln, Berlin, Breslau ein 25prozentiger und Stettin ein 30prozentiger Zuschlag bewilligt, während die Stadt Limburg nur 20 Prozent hat. Das genügt den Hausbesitzern nicht mehr, es müssen mindestens 75 Prozent sein. Es wäre doch besser gewesen, gleich 100 Prozent zu verlangen, dann wäre den Hausbesitzern doch die Arbeit in ihrem Beruf oder Gewerbe als Vermieter beim Ausrechnen und Einfassieren der Mieten am ersten jeden Quartals erleichtert und die hierzu benötigte Arbeitszeit verfürzt worden. Welchen Einfluß eine solche Erhöhung — es macht für jeden monatlich zila 30 Mark aus — auf die Löhne und Gehälter ausüben würde, kann sich ein jeder denken; es würde sofort eine dementsprechende Aktion einsehen. Nach einer kürzlich erschienenen Zeitungsnachricht ist der von der Stadt Wiesbaden beschlossene 40prozentige Zuschlag von der Kommunal-Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Zu einer anteiligen Uebertragung von Müllabfuhr, Wasserzählung pp. auf die Mieter neben dem prozentualen Zuschlag ist der Magistrat nicht ermächtigt. Wenn nun zuguterletzt der Magistrat die Höchstmietverordnung ebenso wie der Hausbesitzerverein für ungültig erklärt, was dann? Man behauptet, die Mietervereine seien noch sozialistischer wie die Sozialisten. Es scheint also doch eine Besserung anerkannt zu werden. Ehemals wurde ihnen das sozialistische Reichsmietengesetz mit seinem russischen Räteplan angehängt, heute sind sie nur noch Ueberflüssigkeiten. Bei den Hausbesitzern ist eine Besserung nicht zu konstatieren, statt 20 Prozent wurden mindestens 75 Prozent verlangt. Wenn die organisierte Mieterkraft den Ruf nach Sozialisierung des Wohnungswesens erhebt, so wird sie nur von laienhaften und nicht parteipolitischen Gesichtspunkten geleitet. Sie tut es nur aus Not. Wir sind fast alle be-lästigt geworden. Wo noch keine Armut herrscht, da ist doch schon Sorge, Knappheit und Mangel an verschiedenen Gegenständen zu spüren. Wie soll denn dem ewigen Preis-treiben ein Ende gemacht werden, wenn nicht auf die Art, daß man den treibenden Kräften die Möglichkeit hierzu nimmt? Wer schreit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft? Nur der Produzent und das daneben oder dahinter stehende Kapital, um die bisher von der Staatsmacht als Diktatorin Kapital um die bisher von der Staatsmacht als Diktatorin der Allgemeinheit ausübende Zwangswirtschaft selbst in die Hand nehmen zu können in Bezug auf die Preisbildung.

## Gerichtssaal.

Wuchergericht. Die Witwe Anna K. in A. hatte im Sommer d. Js. circa 20 Pfund Frühkartoffeln verkauft und für das Pfund 80 Pfg. genommen. Urteil: 100 Mark Geldstrafe. — Der Maurer Karl B. in E. stand schon lange im Verdacht, Schleichhändler zu sein. August wurde er dabei betroffen, wie er in Ems Kartoffeln verlorste, und zwar den Zentner zu 100 Mark. Erst vor acht Tagen ist er wegen Preistreiberei mit einer Woche Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe bestraft worden. Heute erhält er einen Monat Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Das Urteil soll im Kreisblatt von Limburg und Unterlahn- kreis veröffentlicht werden. — Am 16. September d. Js. kam eine Frau aus Griesheim zu dem Landmann Wilhelm Sch. in R., um Mehl zu kaufen. Nachdem sie sich dahin geäußert hatte, daß sie 4-5 Mark für das Pfund ausgeben würde, war Sch. bereit, ihr Mehl abzugeben. Als die Frau nach kurzer Zeit kam, um das Mehl abzuholen, verlangte die Frau Sch. 7 Mark für das Pfund. Da dies der Frau zu viel war, ließ die Frau Sch. ihren Ehemann und tiefer ließ das Mehl sofort wieder ausschütten. Heute werden die Eheleute Sch. zu je einer Woche Gefängnis und zu je 500 Mark Geldstrafe verurteilt. — 300 Mark Geldstrafe erhält der Metzger Wilhelm D. in H., weil er Rindfleisch für 12 Mark verkauft hat, obwohl ein Preis von 10 Mark festgesetzt war. — Der Schreiner Heinrich W. aus W. ver-lachte mit einem Einwohner von Oberweier am 16. April d. Js. 70 Pfund Schweinefleisch nach Wiesbaden zu dringen. Als sie an den Bahnhof Eschhofen kamen, um mit dem ersten Zug abzufahren, war dieser bereits weg. Kurz darauf wurde das Fleisch beschlagnahmt. W. erhält heute 3 Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Sein Begleiter ist bereits abgeurteilt. — Die Eheleute Karl D. in H. hatten für ihren in Koblenz wohnenden Schwiegersohn, den Kaufmann Emil R. 19 Pfund Butter, das Pfund zu 24 M. befragt. Als R. am 7. September d. Js. mit dem ersten Zug von Erbach abfahren wollte, kam ein Pandjäger und beschlagnahmte ihm 18 Pfund. Heute wurde der Ehemann Karl D. freigesprochen. R. wird wegen Schleichhandels und Preisüberbreitung zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Ehefrau D. wegen Beihilfe zu zwei Tagen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht beschloß jedoch bezügl. der Gefängnisstrafen die Strafvollstreckung auf drei Jahre auszuschieben. — Die Witwe Katharina R. und der Landwirt Jakob Sch. in D. hatten Getreide über den Höchstpreis an den Landwirt Georg G. in Neustadt verkauft. Das Urteil lautete gegen G. auf 5 Tage Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, gegen Sch. auf zwei Tage Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, gegen die Witwe R. auf 2 Tage Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe.

## Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

## „Gohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen mäh- und losenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Ver-sehren nötigen Rohstoffe in unerhöflichem Maße für immer in seinen Anwesen vorrätig hat.

Durch die „Gohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln. Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslands-patente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Eigens) nebst allen Einzelheiten, wie: Eigenschaft, Ver-fahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.— Mark gegen Voreinsendung des Betrages oder Nach-nahme oder auf Postcheckkonto 18784 Frankfurt a. M. ab-gegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer her-vorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von un-schätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Eigens) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentschutz bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000.— Mark Geldbuße bestraft und ist schadenerschuldigt.

Landwirte! Nicht! Euch für die Frühjahrsaat und bestellt sofort die „Gohn'sche Dünger-Kultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrauchte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

## Deutsche Düngemittel-Industrie Max Gohn, Wiesbaden

Herotal 14.

2(282

## Amtlicher Teil.

(Nr. 237 vom 18. Dezember 1920)

Beisondere Anfragen über die Frage der Verpflichtung zur Tragung der Portofolien, welche den Gemeinden in Reichs- und Staatsdienststellen existieren, veranlassen mich, im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister auf folgendes hinzuweisen:

Da zur Erhöhung der Einnahmen der Postverwaltung sämtliche Portofolien aufgehoben sind, erscheint es nicht angängig, die Postgebühren auch noch fernerhin, je nach ihrem Inhalt unterschiedlich zu behandeln, ob sie im Ge-meinde-, Staats- oder Reichsdienst erfolgen. Ebenso wie die staatlichen Behörden genötigt sind, ihre Postgebühren auch in reinen Reichsdienstangelegenheiten auf Kosten des Staates unter Verwendung bezahlter Dienstmärkte frei zu machen, muß auch von den Gemeindebehörden gefordert werden, daß sie die Kosten ihres Schriftwechsels selbst tragen. Alle Postgebühren der Gemeindebehörden, die zur Verwendung

der staatlichen Postdienststellen nicht berechtigt sind, werden daher mit gewöhnlichen Postwertzeichen frei zu machen sein. Berlin NW. 7, den 29. Oktober 1920.

Unter den Linden 72/73.  
Der Minister des Innern.  
Im Auftrage: Unterschrift.

L. e. 707.  
An die Herren Oberpräsidenten, die Herren Regierungs-präsidenten, den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin und die Ministerial-, Militär- und Baukommission, hier.

Den Herren Bürgermeistern zur Kenntnis und Nach-achtung.  
Limburg, den 3. Dezember 1920.

L. Nr. 4014.  
Der Landrat.

Zum Bericht vom 18. d. Mts. — L. 3820, betreffend Vergütung für die Ertellung ländlichen Fortbildungs-Schulunterrichts.

Auch ich halte eine Unterrichtsvergütung von 5 Mark für die Stunde ohne jeden Teuerungszuschlag für angemessen. Ich habe die Schulabteilung ersucht, die Lehrerschaft des Kreises darauf hinzuweisen, daß sie nicht berechtigt ist, die Ertellung des Unterrichts von der Bewilligung einer höheren Vergütung abhängig zu machen.

Im übrigen ist zu beachten, daß nach den maßgebenden ministeriellen Grundrissen der staatlichen Unterstützung der Gemeinden zum Zwecke der Unterhaltung der ländlichen Fortbildungsschulen nur ein Satz von 4 Mark als Unterrichts-vergütung für die Stunde zu Grunde gelegt werden darf. Soweit der Satz von 5 Mark nicht durch staatliche Beihilfen gedeckt wird, müssen also die Gemeinden dafür aufkommen. Wiesbaden, den 25. November 1920.

Der Regierungspräsident.  
J. B.: geg. Unterschrift.

Pr. I. 10 D. 1494.

Abdruck teile ich den Herren Bürgermeistern derjenigen Gemeinden, in denen ländliche Fortbildungsschulen bestehen, im Nachganze zu meiner Verfügung vom 27. Oktober 1920 — Kreisblatt Nr. 254 — zur Kenntnis mit. Limburg, den 3. Dezember 1920.

L. 3820.  
Der Landrat.

## Bekanntmachung.

Der Mühlenbetrieb des Anton Güh in Oberzeuzheim habe ich heute gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 wegen Unzuverlässigkeit geschlossen. Limburg, den 3. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Der Landwirt Wilhelm Pöhner, welcher zum Schöffen der Gemeinde Erbach gewählt wurde, ist von mir ver-eidigt worden. Limburg, den 7. Dezember 1920.

R. A. Nr. 3318.  
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

## An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Nach Anhörung der in der Gemeinde bestehenden Jugend- und treibenden Vereinigungen, wie Turnvereine, Sportvereine, Jünglingsvereine usw. ersuche ich um Be-antwortung folgender Fragen bestimmt bis zum 15. d. Mts.:

1. Wieviele Jugendliche im Alter von 14-20 Jahren befinden sich in den einzelnen Vereinigungen?
2. Wieviele Jugendliche sind gegen Unfall und Haftpflicht versichert?
3. Wie heißt die Versicherungsgesellschaft und wo hat sie ihren Sitz?

Die Angaben sind getrennt nach männlichen und weib-lichen Jugendlichen zu machen.

Der Termin ist genau einzuhalten.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. 3317.

## Katholische Gemeinde.

Dienstag 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Heinrich Koppel; 8 1/2 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Jakob Gernand und Angehörige.

Mittwoch 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Anna Meh geb. Ruber; 8 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Frau Maria Tode.

Donnerstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierliches Jahr-amt für Anna Antonie Kremer; 7 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Johann Spranz; 8 1/2 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Josef Reuß, seine Ehefrau und Angehörige.

Freitag 7 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Peter Schepping; 8 1/2 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Anton Hensler, seine Söhne Viktor und Anton.

Sonntag 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Karl Gacs und dessen Ehefrau, 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche Jahr-amt für Elisabeth Hill geb. Kremer; 8 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Josef Heun. Um 4 Uhr nachmittags Ge-lertheit zur H. Beichte.

18285

## Lederfett

schwarz, braun und gelb.

## Schuhcreme

Gross- u. Kleinverkauf.

Franz Fluck, Limburg (Lahn).

Obero Grabenstrasse 20. Telefon Nr. 233.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Verlangen Sie Offerte.

## Arbeitsmarkt.

Arbeitgeber, Handwerker,

sowie alle neuen Personen einstellenden Betriebe werden mit Rücksicht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebeten, alle offenen Stellen dem Kreisarbeitsnachweis anzugeben und bei Besetzung dessen Zurechnung zu bevorzugen.

2(287

Arbeitsnachweis Limburg



## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung unseres nun in Gott ruhenden lieben Verstorbenen, Herrn

**Georg Schmidt** Landwirt

sagen herzlichen Dank. Besonders danken wir den Barmherzigen Brüdern für die liebevolle Pflege. 12/287

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Familie Johann Wolf.**

Limburg, den 13. Dezember 1920.

## Bekanntmachung.

Der Institutsvorsteher a. D. Alfred Eder von Marburg beabsichtigt auf seinem Grundstück Parzellen Nr. 79, 80, 81 und 82 des Kartenblatts 15, belegen im Distrikt „In den Bergbüden“ in der Gemarkung Limburg, ein Wohnhaus zu errichten.

Gemäß der §§ 1 und 4 des Gesetzes, betreffend die Gründung neuer Anstalten in der Provinz Hessen-Nassau vom 11. Juni 1890 (G. S. S. 173) wird dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß Einsprüche gegen den Antrag, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, von den Eigentümern, Nutzungsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer vom 13. Dezember 1920 beginnenden Präklusivfrist von zwei Wochen bei dem Landratsamte hier, zu erheben sind.

Zeichnung und Beschreibung der Anlage liegen auf dem Rathause, immer Nr. 9, 1. St. vom 13. Dezember 1920 bis einschließlich 27. Dezember 1920 während der Geschäftsstunden zur Einsicht offen.

Einsprüche, welche nach Ablauf der Offenlegungsfrist eingebracht werden, bleiben unberücksichtigt. 1/287

Limburg, den 11. Dezember 1920.

Der Magistrat.  
Heppel.

## Bekanntmachung.

Der Fluchtlinienplan über die Abänderung der Straßenzüge in dem Gelände zwischen der Diezerstraße, Parzellstraße und dem Drägensteinerweg liegt gemäß § 7 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vier Wochen lang, und zwar vom 13. Dezember d. Js. bis einschließlich 10. Januar 1921 zu jedermanns Einsicht auf dem Rathause, Stadtbauamt, Zimmer Nr. 9, offen. Einwendungen gegen den Plan sind bei Vermeidung des Ausschlusses während der Offenlegungsfrist bei dem unterzeichneten Magistrat schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. 5/287

Limburg, den 11. Dezember 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

### Brotkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der Brotkarten für die Zeit vom 20. Dezember 1920 bis 19. Januar 1921 findet am

**Mittwoch den 15. Dezember 1920**

in der Bernerjüngerschule (neben dem Rathaus) in der Zeit von 1 bis 5<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags statt.

Die Karten sollen nur an Erwachsene ausgegeben werden gegen Vorlegung der alten Brotkarten-Abschnitte. Eine nachträgliche Herausgabe der Brotkarten ist nicht zulässig. 4/287

Limburg, den 11. Dezember 1920.

Städtisches Lebensmittelamt.

## Bekanntmachung.

**Wichtig für ausländische Arbeiter und deren Arbeitgeber.**

Sämtliche für ausländische Arbeiter ausgestellten Arbeiter-Identifikationskarten haben nur für das Kalenderjahr, in dem sie ausgestellt sind, Gültigkeit.

Für die dem Rückkehrzwang nicht unterliegenden und im Inlande hier verbliebenen ausländischen legitimationspflichtigen Arbeiter sind deshalb für das Jahr 1921 neue Karten auszustellen. Die Erneuerung der Karten erfolgt kostenlos.

Die hier wohnhaften und beschäftigten legitimationspflichtigen ausländischen Arbeiter fordern wir hiermit auf, ihre Identifikationskarten bis zum 30. Dezember d. Js. einschließlich im Polizeibüro (Einwohnermeldeamt) Rathaus Zimmer rechts im Erdgeschoss abzugeben, damit die Erneuerung sofort bearbeitet werden kann.

Auch die Arbeitgeber, die solche legitimationspflichtigen ausländischen Arbeiter beschäftigen, weisen wir darauf hin, für sämtliche Ablieferung der Arbeiter-Identifikationskarten Sorge tragen zu wollen. 9/287

Die Polizei-Verwaltung.

## Treibjagd im Schafsberg.

Der Jagdberechtigte beabsichtigt am **Mittwoch, den 15. Dez. nachmittags** in den Schafsberganlagen eine Treibjagd zu veranstalten. Der Erlös der Jagd soll in die Armenkassen fließen.

Auf dem obigen Grunde werden die Anlagen am **Mittwoch nachmittags** für das Publikum gesperrt. 10/287

Limburg, den 11. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung.

## Werkstatt

oder ein dazu geeigneter Raum zu mieten gesucht. Offerten unter Nr. 13/287 an die Exped. d. Bl.

*Handwritten signature*  
**A. Henne,**  
Welterstr. 16.

## Heirat!

Älter, kinderlos, Witwer, Landwirt, von gut. Charakter, mit größt. Vermögen sucht die Bekanntschaft ein. Geeigneten alt. Fräulein oder kinderlos. Witwe zwecks spät. Heirat. Das Einbringen von etwas Vermögen erwünscht und ist kleiner Haushalt geführt werden.

Entgegengesetzte Zuschriften mit Bild unter 3/287 an die Exped. d. Bl. Strengste Diskretion zugesichert und erbeten.

## Wohnhaus

mit Lager-Raum oder Platz dafür zu kaufen gesucht. 7/284

Ausführl. Angebote a. D. Exped.

Unfallanzeigen zu haben in der Kreisblatt-Druckerei.

## Sitzung der Stadtverordneten in Limburg (Sahn)

am **Mittwoch** den 15. Dezbr 1920, nachmittags 4 Uhr.

### Tagesordnung:

1. Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Parzellstraße, Schafsberg und Marktstraße.
2. Steuerordnung betreffend die Erhebung einer Steuer vom reichseinkommensteuerfreien Minderlohn.
3. Verkauf von Baracken des Gefangenenlagers.

Limburg, (Sahn), den 8. Dezember 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher.  
F. H. G.

## Limburger Bank verm. Vorschuss-Verein

E. G. m. b. H.

Wir bitten unsere Mitglieder, welche **Kriegsanleihe** zur Zahlung des Reichsnotopfers oder der Vermögenszuwachssteuer von uns zu kaufen beabsichtigen, um baldige Abnahme, da die Zahlung mit Kriegsanleihen nur bis Ende d. J. gechehen kann. 14/287

Der Vorstand.

**Ia. trines Schweinefleisch Pfd. 20.50**

**Ia. Mäböl Str. 26.50**

**Tafelmargarine Pfd. 15.—**

**da. ungesalzen „ 16.—**

**Neue Haselnüsse Pfd. 8.50**

**„ Kastanien „ 4.25**

**„ Pflaumen „ 6.—**

**„ Nüsse „ 15.—**

**„ Korinthen „ 15.—**

**„ Sultaninen „ 20.—**

**„ Mandeln „ 26.—**

**Ia. Kernseife „ 5.—**

**Ia. Toiletteseife 100 gr „ 3.—**

**Condens. Milch grz. Dose 10.—**

**„ ungez. „ 8.50**

**Weihnachtskerzen St. 40, 30, 20 Pj.**

**Ed. Trombetta Nachf.**

11/287  
Sahlfeldstraße 6.

## Die neue Heilweise und ihre Anwendung

im eigenen Heim mit Rings-Radium-Kissen und Radium-Creme, patentamtlich geschützt.

Aufsehenerregende Erfindung, radio-aktive-ultra-violette-unterschiedene Bestrahlung; glänzende Erfolge bei: Lupus, Flechten, Ausschläge, Nieren-, Herz-, Magen-, Darm-, Lungen-, Nerven-, Frauenleiden, Tuberkulose, Stoffwechselkrankheiten, Gallensteine, Kropf, Asthma, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Erkrankungen der Harnorgane etc. Kein Leidender versäume unseren Vertreter zu besuchen. Auskunft kostenlos.

## Bruchheilung ohne Operation

auf natürlichem Wege ohne Berufsstörung mit Dr. med. H. Müller's Radium-Bruchheilapparat „Probatum“, ohne Feder, ohne Gummiband u. ohne Schenkelriemen. Kein Eiaspritzen, keine Medikamente. Da unser Apparat Tag und Nacht getragen wird, ununterbrochene ultra-violette Bestrahlung. Konkurrenzlos einzigartigste Erfindung; glänzende Anerkennungen.

Unser Vertreter ist am Montag den 13. Dezember in Limburg Hotel Alte Post von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm., am Tage vorher Sonntag den 12. Dezember in Weilburg Hotel „Nassauer Hof“ von 10 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. mit Mustern zu sprechen. 8/287

Dr. Müller & Cie., Mannheim.

Institut für Radiumtherapie, Inh.: Dr. med. Heinrich Müller & Georg Müller.

## Für Weihnachten

empfehle mein reichhaltiges Lager in

Seidenschirmen aller Art, sowie Stiehlampen, Zuglampen, Glaslüster, Kronen, Kochapparate, Kochplatten, Teekessel, Blitzkocher, Bügeleisen, Föhnapparate, elekt. Heizöfen, Taschenlampen

in bester Ausführung zu billigen Preisen.

Verkaufsstelle der Kunstwerkstätten Cronberg i. T.

Erstes Spezialgeschäft am Platze. 7/286

Elektr. Installationsmaterial in grosser Auswahl

**Albert Lang,**

Elektr. Installationsgeschäft

Limburg a. d. L. Frankfurterstr. 3. neben Schade & Füllgrabe.

Ein auch zwei möbl. Zimmer zum 15. Dezember oder 1. Januar gesucht 15/287 Kreislandschaft.

Buppenfische u. Kinderfische zu verkaufen Anfang u. 11-4 u. 7-8 Uhr 16/287 Nütze 2.

## Vorausbestimmung des Lebensschicksals

durch tüchtige Astrologie.

Limburg nur kurze Zeit hier „Alte Krone“.

## J. Bühler, Limburg

Musikhaus

empfiehlt 6/287

## neue Pianinos

in vorzüglicher Qualität

brillant im Ton

preiswert.

## Bruchleidende

Die einzige, zuverlässigste und mit vollem Erfolg angewandte Methode in der Behandlung des Bruches und seiner Folgen ist mein konkurrenzloser Spezialapparat, dessen federnde Belotten den Bruch wie die Hand von unten nach oben und daher richtig im Körper zurückhält. Federlos einzig aus Leder und nach Maß gearbeitet. (Patentamtlich geschützt). Sicher und bequem ohne zu wunden. Tag und Nacht tragbar und verkleinert daher die schwersten Brüche. Schriftliche Garantie. Herzlich empfohlen. Der Vertreter des Spezialisten ist von 9-3 Uhr zu sprechen in

Weilburg, Montag den 13. Dez., Hotel „Nassauer Hof“, Limburg, Dienstag, 14. Dez., Hotel „Deutsches Haus“, Idstein, Mittwoch, 15. Dez., Hotel-Restaurant Hill.

Alleinfabrikant:

10/286

**P. Ginder, Spezialbandagist.**

Saarbrücken 3, Nassauerstraße.

Schwererträge zu haben in der Kreisblatt-Druckerei.